Die Spuren der Onyx-Millionen

REGION Die Finanzen der Oberaargauer Gemeinden sind nach immer stark von den Onyx-Millionen geprägt. Im Vergleich zu Kommunen anderer Regionen haben sie einerseits viel Eigenkapital und tiefe Steuern, andererseits viele Defizite und steigende Kosten.

Insgesamt fast 300 Millionen Franken flossen 2008 in die Kassen der meisten Oberaargauer Gemeinden. Auslöser für den Geldregen war der Verkauf der Aktien des Stromunternehmens Onyx Energie Mittelland AG an die BKW Energie AG. Auf einen Schlag wurden die Finanzmittelflüsse in den Kommunen von Schulden- zu Vermögensmehrern. Und diese Onyx-Millionen prägen die Finanzen der Oberaargauer Einwohnergemeinden noch immer. Das zeigt der kürzlich vom kantonalen Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) publizierte Bericht zu den Gemeindefinanzen 2013.

Interessant ist der Vergleich unter den Regionen. Aus Oberaargauer Sicht kommt der Kanton zu den folgenden Schlüssen:

- **Eigenkapital:** Im Oberaargau weisen nach wie vor rund 90 Prozent der 47 Gemeinden ein Eigenkapital von 4 und mehr Steueranlagezehnteln aus. Fast 40 Prozent der Gemeinden können ein Nettovermögen von über 2000 Franken pro Einwohner vorweisen. Dies, obwohl die Rechnungsergebnisse 2013 mehrheitlich negativ ausfielen. Im Oberaargau (wie auch im Emmental) schlossen über 30 Prozent der Gemeinden mit Defiziten von mehr als einem Steueranlagezehntel ab.
- **Aufwandentwicklung:** Die Gemeinden im Oberaargau generieren somit überdurchschnittlich viele Aufwandüberschüsse. Es überrascht daher nicht, dass beim Aufwandentwicklungsgrad die problematischen Werte im Oberaargau laut Kanton «etwas gehäuft» auftreten. Beim Aufwandentwicklungsgrad weisen im Oberaargau (wie auch in der Region Berner Jura) über die Hälfte der Gemeinden schlechte Werte auf. Diese Zahl zeigt, wie sich der laufende Aufwand gegenüber dem Vorjahr verändert hat. Sie ist somit ein Indikator dafür, wie gut die Gemeinden die Kosten im Griff haben – oder eben nicht. Wobei hier insofern eine gewisse Relativierung anzubringen ist, als diverse von den Gemeinden nicht veränderbare Faktoren ihre Ausgaben beeinflussen. Als Beispiele nennt der Kanton die Konjunktur sowie die Aufgabenverteilung Kanton – Gemeinden.
- **Selbstfinanzierung:** Im Oberaargau (wie auch in der Region Bern-Mittelland) weisen anteilmäßig am meisten Gemeinden einen ungenügenden Selbstfinanzierungsgrad (Wert unter 60 Prozent) aus. Diese Zahl zeigt, wie weit die Investitionen aus selbst erarbeiteten Mitteln bezahlt werden können. Auch beim Selbstfinanzierungsanteil dominieren in diesen zwei Regionen ungenügende Werte unter 10 Prozent. Konkret liegen je über zwei Drittel der Gemeinden darunter. Dieser Faktor zeigt die Selbstfinanzierung in Prozent des Fiskalertrages. Je höher der Wert, umso größer ist der Spielraum für die Finanzierung von Investitionen und deren Folgekosten respektive für den Schuldenabbau.
- **Steuern:** Kantonsweit liegen die Gemeinden mit tiefer bis sehr tiefer Steueranlage unter 1,4 (Einheiten hauptsächlich im Oberaargau (und in der Region Bern-Mittelland). Das heisst, die Steuerbelastung auf kommunaler Ebene ist im Oberaargau vergleichsweise tief.

Bewusst gewählte Strategie zum Abbau des Eigenkapitals

Viel Eigenkapital und tiefe Steuern einerseits – Defizite und steigende Kosten respektive schlechte Aufwandkontrolle andererseits: So lässt sich der Zustand der Gemeindefinanzen der Oberaargauer Einwohnergemeinden zusammenfassen. Oder pointiert formuliert: Die Mehrheit der 47 Kommunen lebt und zehrt noch immer von den Onyx-Millionen. Viele Gemeinden können sich dank dieser Gelder fast so etwas wie ein Leben in Saus und Braus gönnen.

So zugespitzt respektive negativ bewertet man beim Kanton die Situation indes nicht. «Es ist für uns in Ordnung, wenn die Gemeinden ihr Eigenkapital abbauen», sagt Iris Markwalder, Bereichsleiterin Gemeindefinanzen beim AGR. Es handle sich ja nicht um einen unvorsichtigen Umgang mit dem Geld, sondern um eine bewusst gewählte Strategie, damit die hohen Eigenkapitalbestände abgebaut werden können.

Aufwind für die Gemeindefinanzen: Der Verkauf der Aktien des Stromunternehmens Onyx Energie Mittelland AG bescherte den meisten Oberaargauer Gemeinden 2008 einen Geldregen. Dieser prägt die Finanzen noch heute. zvg

Der Kanton empfiehlt den Gemeinden generell ein Eigenkapital in Höhe von 3 bis 5 Steueranlagezehnteln. Im Oberaargau sind es jedoch laut Markwalder mehrheitlich 4 und mehr Steueranlagezehntel. Daher haben sich die meisten Gemeinden dazu entschlossen, die Steuern tief zu halten und Defizite zu produzieren, um so das Eigenkapital abzubauen. «In der Privatwirtschaft würden die Aktionäre eines Unternehmens in einer solchen Situation höhere Dividenden fordern», erklärt Markwalder.

Zeitpunkt nicht verpassen, um Gegensteuer zu geben

Die Gemeinden erhielten seit dem Verkauf der Onyx-Aktien vor der Frage, wie sie diesen Geld wieder unter die Leute bringen respektive was sie damit machen könnten. «Und die meisten tätigen ja auch tatsächlich sinnvolle Investitionen, welche sie sich ohne die Onyx-Gelder nicht leisten könnten», sagt Markwalder.

Sie weist aber auch darauf hin, dass irgendwann der Punkt kommt, an dem das Eigenkapital nicht mehr tiefer sinken sollte. «Entscheidend ist, dass die Gemeinden diesen Zeitpunkt nicht verpassen und rechtzeitig Gegensteuer geben.»

Haben die Onyx-Gelder den Fusionszug gebremst?

Es gibt denn auch Gemeinden, bei denen der Wind bereits gedreht hat. Oder die gar nicht vom Onyx-Deal profitiert haben. Jedenfalls häufen sich in letzter Zeit die Meldungen von kleinen und mittleren Gemeinden, welche mit Verweis vor allem auf die finanzielle Entwicklung die Zusammenarbeit oder gar die Fusion mit einer grösseren Gemeinde suchen. Dies, nachdem es zuvor an der Fusionsfront im Oberaargau ein paar Jahre eher ruhig war.

Lässt dies den Schluss zu, dass die Onyx-Millionen die Fusionsdebatte im Oberaargau während einiger Zeit zum Stillstand gebracht haben? «Das könnte sein», sagt Markwalder. Aber mit konkreten Zahlen oder Fakten lasse sich diese These nicht stützen. Zumal bei Fusionsprojekten meist nicht allein die Finanzen eine Rolle spielen, sondern auch die steigenden Anforderungen an die Gemeinden oder fehlendes Personal für Verwaltung und politische Ämter. *Dominic Rumo*

Motorex-Werbung schreibt Geschichte

LANGENTHAL Mit einer einmaligen ganzseitigen Werbung im «Blick» schreibt das Langenthaler Familienunternehmen Bucher-Motorex Geschichte. Die Reaktionen seien gewaltig, sagt Marketingleiter Manuel Gerber.

Es war das Gesprächsthema – von den Stammtischen bis ins Bundeshaus. Vor allem aber auf den sozialen Medien in allen deutschsprachigen Ländern. Zur Erinnerung: Es ist der Tag der Wahl von Sepp Blatter. Der Fifa-Skandal steht noch am Anfang. Der «Blick» titelt «Blatt pur!» und «Blatters schwerster Gang». Dann weltweites ein Öltuch der Langenthaler Firma Bucher-Motorex. Darüber drei Zeilen Text: «Schmiert legal seit 1917.»

Gewaltiges Echo

Abgesehen von vielen Fifa-Delegierten mussten schlichtweg alle schmunzeln. Sogar aus dem Wallis kamen positive Reaktionen. Über Facebook und Twitter wurde diese Werbung tausendfach weiterverbreitet. «Das Echo war gewaltig», bestätigt Manuel Gerber. Er ist Marketingleiter bei Bucher-Motorex und kann jetzt schon sagen: «Diese einmalige Sache wird in die Firmengeschichte eingehen.»

Geboren wurde die Idee in Zürich bei der Werbeagentur Mutter Grettener Lesch. Marcus Grettener bestätigt: «Das ging durch die deutschsprachige Schweiz und in den folgenden Tagen vor allem durch Deutschland und Österreich wie ein Feuer.»

Eine Stunde Zeit

Geboren wurde die Idee in einem Vierertream. «Uns war klar, dass dies nur einmal funktionieren konnte und möglichst rasch raus musste», sagt Grettener. Der Fifa-Skandal stand noch ganz am Anfang. Die Seite musste gleich für die Ausgabe des nächsten Tages gebucht werden. Manuel Gerber hatte gerade mal eine Stunde Zeit zu entscheiden. «Es war diese intuitive Spontanreaktion, die den Erfolg ausmachte», sagt Grettener. «Bei Motorex hat man kurze Entscheidungswege, anderes hätte wahrscheinlich die Rechtsabteilung zuerst mehrere Tage lang Abklärungen treffen wollen.» Die Agentur wirbt seit acht Jahren für Motorex. Man kennt sich. Das doppeldeutige Wortspiel mit dem Schmieren passe in der Tonalität zum Produkt, sagt der Werber. Die Aussage sei jedenfalls mit einem gewissen Augenzwinkern verbunden. Für Manuel Gerber hat die witzige Botschaft aber durchaus auch einen ernsthaften Hintergrund. Die Langenthaler Firma Bucher-Motorex sei ein grundsoliges Familienunternehmen, das aus der Schweiz heraus unter schwierigen Bedingungen auf dem Weltmarkt präsent sei. Da seien negative Schlagzeilen mit Schweiz-Bezug wie die der Fifa ein Problem.

Gab zu reden: Die Werbung von Motorex (rechte Seite). Robert Gregg

Wie der Zürcher Postraub

Ein ähnlicher Werbecoup sei in den Neunzigerjahren letztmals gelungen, sagt Grettener. Nach dem spektakulären Raubüberfall auf die Frauenmünster-Post in Zürich habe der Autokurierfahrer Mazda verhindert, mit seinem geräumigen Van hätten die Diebe nicht einen Teil der Beute zurückbringen können. Auch damals hätten ausländische Medien diese Idee sofort aufgegriffen.

«Wir werden in Zukunft von unseren Kunden wohl noch oft zu hören bekommen, macht etwas wie bei Motorex», vermutet Grettener, «aber das kann man nicht planen, es gehört auch etwas Glück dazu.» *Robert Gregg*

Matten im Bundeshaus

LOTZWIL Der Gifteinsatz von Bauer Franz Wächli auf den Wässermatten in Lotzwil hat nun auch das Bundeshaus in Bern erreicht: SP-Nationalrätin Nadine Masshardt, eine ehemalige Langenthalerin, wollte vom Bundesrat in der Fragestunde wissen, wie er in allen Kantonen einen minimalen Schutz der Wässermatten garantiere und ob es beim Bundesinventar der Landschaften und Naturdenkmäler von nationaler Bedeutung (BLN) ein Vollzugsdefizit gebe. Die Antwort der zuständigen Bundesrätin Doris Leuthard (CVP): Der Bund übernehme keine Aufsicht. Der Bundesrat könne im Fall der Wässermatten nicht beurteilen, ob Schutzbestimmungen des Kantons oder der Gemeinde verletzt worden seien.

Um die Wirksamkeit des BLN zu verbessern, ist eine Revision im Gange. Die Vorlage sollte dem Bundesrat vor Ende dieses Jahres vorliegen. ***drh***